



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Terrorismusgesetz](#)
2. [Berufsbildungsbericht 2016](#)
3. [Relevantes aus Mannheim und Region](#)

1. Terrorismusgesetz

Ganz Europa und damit auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, daß wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Die Festnahme zeigt, wie wichtig eine europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror ist. Sie muß nun weiter verbessert und ausgebaut werden. Denn auch die Zahl der Personen in unserem Lande, denen ein terroristischer Anschlag zugetraut wird, ist deutlich gewachsen und liegt mittlerweile bei fast 500 Personen. Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Wenn Terrororganisationen sich international vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser vernetzen.

In erster Lesung beriet der Deutsche Bundestag in dieser Woche das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern. Bei der Aufklärung des transnational operierenden und vernetzten Terrorismus sind eine Vielzahl von Behörden – national und insbesondere auch international – tätig, deren Erkenntnisse zusammengeführt und übergreifend analysiert werden müssen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Dies wird durch zeitgemäßen IT-Einsatz mit der Einrichtung gemeinsamer Dateien unterstützt. Hierzu erhält das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) spezielle Befugnisse zur Einrichtung gemeinsamer Dateien mit Partnerdiensten. Zudem sollen bereits auf nationaler Ebene gemeinsame Projektdateien der Sicherheitsbehörden verlängert eingerichtet werden können.

Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert.

2. Berufsbildungsbericht 2015

Der Bundestag hat den Berufsbildungsbericht 2015 der Bundesregierung beraten, der eine insgesamt positive Lage am Ausbildungsmarkt widerspiegelt. 100 ausbildungsplatzsuchenden Schulabgängern standen 103,7 Ausbildungsangebote gegenüber – so viele wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Für viele Betriebe ist es hingegen erneut schwieriger geworden, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 522.094 im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze mit 503.200 hingegen leicht gestiegen. Zugleich erreichte die Zahl der gemeldeten unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen mit einem Plus von 10 Prozent auf 41.000 einen neuen Höchststand. Die Zahl der unversorgten Bewerber ging gegenüber dem Vorjahr auf rund 20.700 (minus 0,8 Prozent) zurück.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung bildet eine wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Das deutsche Berufsbildungssystem mit seinen vielfältigen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und Qualifikationsniveaus bietet breite Karriereperspektiven und garantiert eine hohe Beschäftigungsfähigkeit. Die tragende Rolle der Unternehmen, die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern und die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland sind Kennzeichen dieses Erfolgsmodells, das zu Recht eine immer stärkere internationale Anerkennung genießt. Die deutsche Wirtschaft investiert maßgeblich in die duale Berufsausbildung und sicherte auch in diesem Jahr wieder mehr als 500.000 neue betriebliche Ausbildungsverträge. Die Sozialpartner und die Kammern übernehmen neben Bund und Ländern ihre bildungspolitische Verantwortung und sind wesentliche Akteure bei der Gestaltung und Implementierung der dualen Ausbildung in Deutschland. Hunderttausende von Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Prüferinnen und Prüfern, häufig im Ehrenamt, wirken an der Sicherung einer qualitativ hochwertigen dualen Ausbildung mit. Für das Ausbildungsjahr 2015 kann sowohl im Vorjahresvergleich als auch in der Gesamtbetrachtung eine positive Ausbildungsbilanz gezogen werden, besonders aus Sicht der jungen Menschen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben.

Die in der Gesamtschau positive Ausbildungsbilanz 2015 ist durch folgende Kerndaten gekennzeichnet:

- 1. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2015 ist zwar gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge dabei aber leicht gestiegen. Insgesamt wurden rund 522.100 Ausbildungsverträge abgeschlossen (-0,2 % gegenüber 2014).*
- 2. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge ist auf rund 503.200 (+0,1 % im Vergleich zu 2014) gestiegen. Dieser erfreuliche Anstieg führte zu einem Rückgang bei außerbetrieblichen Verträgen auf rund 18.900 (-7,5 % zu 2014).*

3. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren rund 520.000 Berufsausbildungsstellen und damit rund 8.400 bzw. 1,6 % mehr als im Vorjahreszeitraum gemeldet. Die Zuwächse bei den gemeldeten Ausbildungsstellen gehen vorrangig auf mehr betriebliche Ausbildungsstellen zurück, sie stiegen um rund 7.300 bzw. +1,5 % auf rund 488.400. Es blieben aber auch mehr Stellen unbesetzt. Mit rund 41.000 unbesetzten Ausbildungsstellen (+10,4 %) ist seit 1996 ein Höchststand der bei der BA gemeldeten unbesetzten Stellen zu verzeichnen, was auf zunehmende Besetzungsprobleme der Ausbildungsunternehmen und Passungsprobleme des Ausbildungsmarkts schließen lässt.
4. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber ist auch 2015 leicht rückläufig und beträgt rund 20.700 (-0,8 %). Gleiches gilt für die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber mit Alternative und weiterem Vermittlungswunsch, die mit rund 60.100 im Vorjahresvergleich ebenfalls leicht gesunken ist (-0,4 %). Dies trifft auch auf die Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber bei der BA zu, die nun bei rund 185.100 liegt (-0,9 % gegenüber 2014).
5. In der Gesamtschau hat sich damit die Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 2015 weiter auf 103,7 (2014: 103,0; 2013: 102,3) verbessert. Dies ist der beste Wert seit 1995. Die niedrigste Angebots-Nachfrage-Relation wurde im Jahr 2006 mit 94,6 verzeichnet. Auch die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, die auch die Bewerberinnen und Bewerber mit Alternative berücksichtigt, hat sich weiter verbessert auf 93,2 (2014: 92,7; 2013: 91,9).
6. Leicht rückläufig ist weiterhin die Quote der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Alter von 20 bis 34 Jahren. Sie lag im Jahr 2014 bei 13,3 % (2011: 13,8 %; 2012: 13,7 %; 2013: 13,4 %).

Die in der Gesamtschau positive Ausbildungsbilanz des Jahres 2015 unterstreicht die Leistungsfähigkeit des wirtschaftsnahen deutschen Berufsbildungssystems, das gerade auch im europäischen und internationalen Vergleich eine wichtige Orientierungsrolle einnimmt. Die Sicherung und Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung bleibt dennoch eine kontinuierliche Herausforderung.

3. Relevantes aus Mannheim und der Region

Mannheimer Schülerin nahm an Planspiel Jugend und Parlament teil

Auf meine Einladung hin nahm die Mannheimer Schülerin Marlina Hillig vom Johanna-Geissmar-Gymnasium an der Veranstaltung „Jugend und Parlament 2016“ teil, die im Deutschen Bundestag stattfand.



Dieses Planspiel, das der Bundestag jedes Jahr veranstaltet, ermöglichte es 312 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet, in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen und den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag zu simulieren. Dabei lernen sie, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und zugleich die legitimen Interessen der anderen Gruppen zu berücksichtigen. Die gerade unter Jugendlichen verbreitete Politikverdrossenheit macht Veranstaltungen wie diese so wertvoll. Das Programm "Jugend und Parlament" bietet jungen Menschen im Alter von 16-20 Jahren die Gelegenheit, hinter die Kulissen der Politik zu schauen. Die Arbeitsabläufe im Deutschen Bundestag und die - oftmals langwierigen - politischen Entscheidungsprozesse werden dadurch nachvollziehbarer. Ich freue mich deshalb sehr, daß mit Marlena Hillig auch in diesem Jahr wieder eine Schülerin aus Mannheim an "Jugend und Parlament" teilnehmen konnte.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.
Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de